



Josef Winkler

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 72225

📠 (030) 227 – 76237

✉ Josef.Winkler@bundestag.de

Wahlkreis

Hohenzollernstr. 137
56068 Koblenz

☎ (0261) 9144 980

📠 (0261) 9144 981

✉ Josef.Winkler@wk.bundestag.de

Berlin, 4. September 2009

I. Marktumfeld verbessern

Die Honorarordnung erhalten und modernisieren

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Novelle der HOAI. Die jetzigen Regelungen stellen einen guten Kompromiss zwischen den Forderungen der Architekten und Ingenieure und den Notwendigkeiten einer Novellierung dar. Wir begrüßen den weitgehenden Erhalt der Leistungsphasen, der Honorarzonen und der Honorartafeln sowie die Anhebung der Tafelwerte um rd. 10 % und halten auch eine Beschränkung der Verbindlichkeit auf Planungsleistungen für vertretbar. Wir begrüßen die künftige Festsetzung der Honorarhöhe auf Basis einer im Rahmen der Entwurfsplanung erstellten Kostenberechnung, da damit die Honorarhöhe von Baukostensteigerungen entkoppelt und eine Quelle ewigen Ärgernisses beseitigt wird. Die jetzt möglichen Bonus-Malusregelungen werden weitere Anreize für kostengünstiges und qualitätsbewußtes Bauen bringen.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge transparent und qualitätsorientiert regeln

Das Vergaberecht muss dringend grundlegend und umfassend reformiert werden. Es ist unübersichtlich und zersplittert. Gerade für kleine Handwerksunternehmen sind die Zugangsbarrieren für eine Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu hoch.

Wir wollen ökologische Kriterien zukünftig auch bei Vergabeentscheidungen berücksichtigen. Die Teilnahme an Vergabeverfahren muss unbürokratischer und einfacher werden. Präqualifizierungsverfahren erleichtern die Teilnahme an Vergabeverfahren, weil nicht immer wieder alle Nachweise neu erbracht werden müssen. Formfehler bei der Abgabe von Angeboten sollen korrigierbar sein. Die Kommunen müssen die Möglichkeit haben, mit der Vergabe regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen.

Mehr Planungswettbewerbe ausloben

Die Bundesregierung und die öffentliche Hand haben Vorbildcharakter, was Planungsverfahren und deren Transparenz angeht. Bündnis 90/Die Grünen fordern offene und transparente Wettbewerbsverfahren. Gleichzeitig müssen die Liegenschaften des Bundes und der öffentlichen Hand Aushängeschilder für den Klimaschutz im Gebäudebereich werden. Nachhaltige und ökologische Gebäudeplanungen sind zukunftsweisend und müssen verstärkt in Wettbewerbsvorgaben Einzug nehmen.

Nachhaltigkeit im Baubereich muss einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Neben dem Einsatz Erneuerbarer Energien müssen ökologische, nachwachsende Baustoffe verstärkt eingesetzt werden. Auch die Wieder- oder Weiterverwertbarkeit von Bau- und Dämmmaterialien spielt zunehmend eine Rolle. Nachhaltiges Bauen kann nur gelingen, wenn es verbindliche Regeln zum ökologischen Bauen gibt. Lebenszyklusbetrachtungen sind auch schon bei der Planung zwingend geboten.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz durch konsistente und dauerhafte Rechtsgrundlagen fördern

Bisher tragen zwei völlig unterschiedliche Energieausweise leider zur Verwirrung der Verbraucher bei. Wir sind für die Abschaffung des Verbrauchsausweises und einer Ausweitung des Bedarfsausweises, der die Gesamtenergiebilanz eines Gebäudes (Baumaterialien, Herstellung, Bau, bewohnter Zustand) erfasst.

Die Schaffung eines Deutschen Zertifikats für Nachhaltigkeit ist zu begrüßen. Weiter muss die Forschung über nachwachsende Baustoffe und Recycling ebenso stärker gefördert werden, wie eine Förderung von Bauherren, die ein ökologisches Haus bauen wollen.

Eine novellierte Energieeinsparverordnung (EnEV) sollte einen Energieverbrauch von höchstens 60 kWh/m²a im Bestand und einen Niedrigstenergiehaus-Standard mit 15 kWh/m²a im Neubaubereich vorsehen. Wir fordern ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EWG), das seinen Namen verdient. Bei anstehender Sanierung oder der Erneuerung der Heizungsanlage sollen mindestens 20% des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien gedeckt werden.

Eigenverantwortung in der Rentenversicherung stärken

Ein anhaltender Trend weg von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verstärkt den demographisch bedingten Mangel an Beitragszahlern und Beitragszahlerinnen. Folglich können sich auch die längerfristigen Perspektiven der Rentenkasse verbessern, wenn ein solcher Trend gebrochen wird. Das ist auch im Interesse vieler heute nicht obligatorisch abgesicherter erwerbstätiger Frauen und Männer. Wir wollen Selbstständige ohne andere verpflichtende Alterssicherung in die Pflichtversicherung der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen. Langfristig wollen wir die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung für Alle weiterentwickeln.

II. Akteure stärken

Die Ausbildung auf hohem Niveau stärken

Die zunehmende Komplexität von gestalterischen, technischen, funktionalen, organisatorischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Anforderungen, die an Architekten, Ingenieure und Stadtplaner gestellt werden, erfordert eine Ausbildung von hoher Qualität. Zudem besteht die Verantwortung, Qualität im Sinne des Verbraucherschutzes und der Baukultur zu gewährleisten. Aus diesem Grund muss die Betreuungsintensität der Studiengänge deutlich erhöht und die Studieninhalte praxisnäher an den Berufsinhalten der Architekten und Ingenieure orientiert werden.

Zur Wahrung der Berufschancen für Absolventen müssen die Abschlüsse als Architekt bzw. Ingenieur berufsbefähigend sein und in einem globalen Markt in Europa, wie auch international, anerkennungsfähig bleiben. Für Architekten und Stadtplaner ist damit ein fünfjähriges Studium entsprechend UNESCO/UIA Charter for Architectural Education zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Architekten in einem globalen Markt

erstrebenswert. Gleichwohl ist ein vierjähriges Studium als Mindeststandard hinnehmbar. Auch für Bauingenieure ist im Sinne der Qualität ein Studium auf Niveau des bisherigen Diplom-Ingenieurs erstrebenswert.

Wir fordern eine Abkehr von der bisherigen Ausgestaltung des Bologna-Prozesses, der zu einer Absenkung des Ausbildungsniveaus und einer unübersichtlichen Anzahl von Studienabschlüssen geführt hat.

Wir fordern, im Rahmen einer Neuausrichtung des Bologna-Prozesses, die Qualität der Ausbildung analog zum Niveau des Diplom-Ingenieurs und internationaler Standards anzuheben. Der international gute Ruf der deutschen Architekten- und Ingenieurausbildung und die internationale Anerkennung sind auf hohem Qualitätsniveau sicher zu stellen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine Reform der Bologna-Reform ein. Zentral ist für uns dabei, dass die Studierenden besser betreut werden und dadurch zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Um das zu erreichen, müssen die Hochschulen die Studieninhalte sorgfältig überprüfen. Sie müssen sich fragen, wie flexibel sie die Dauer von BA- und MA-Studiengängen handhaben. Sie sollten die Möglichkeiten ausschöpfen, je nach Fach und auch je nach Spezialisierungsgrad den BA bis zu 8 Semester lang auszugestalten bzw. den MA auf 2 Semester zu konzentrieren.

Existenzgründungen zielgerechter fördern

Selbstbestimmung hat für Bündnis 90/ Die Grünen eine zentrale Bedeutung. Aus diesem Ziel leiten wir unsere Überlegungen zur Stärkung der Kultur der Selbständigkeit und zur Unterstützung für Unternehmensgründerinnen und –gründer ab. Für eine effiziente und zielgruppengerechte Förderstrategie für Gründer stellen wir sechs Handlungsfelder in den Mittelpunkt: selbständiges Denken und aktive Eigenverantwortung schon in der Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen fördern und trainieren; Zugang zu Finanzierungs- und Fördermitteln verbessern; Hochschulabsolventen zu einer Gründung motivieren und mehr Wagniskapital für Innovationen mobilisieren; Beratungsangebote transparenter machen, Beratung mit finanzieller Unterstützung vernetzen und die Qualität der Beratung sicherstellen; soziale Absicherung von Selbständigen verbessern; geeignete Rechtsformen für Gründer entwickeln.

Finanzierungsalternativen für Kleinstgründungen

Wir kennen die Finanzierungsprobleme von kleinen Unternehmen. Speziell bei geringen Kreditvolumen bis 25.000 Euro und mit kurzen Laufzeiten gibt es ein Marktversagen. Der Zugang zu sogenannten Mikrokrediten ist besonders schwierig. Für die Banken sind sie häufig als Kunden uninteressant, weil der Prüfaufwand und die Kosten für das kleine Kreditvolumen zu hoch sind. Wir wollen daher die Vergabe von Mikrokrediten fördern, die kleinen und jungen Unternehmen eine Finanzierung ermöglichen. Dazu wollen wir das Instrumentarium der Mikrokredite durch eigenständige Mikrolendinginstitutionen weiterentwickeln. Wir unterstützen die Initiative der EU für die Ausweitung von Mikrokrediten.

Die Qualität freiberuflicher Planungsleistungen auch in einem europäischen Binnenmarkt stärken

Wir haben uns seinerzeit stark gegen die Dienstleistungsrichtlinie in der verabschiedeten Version eingesetzt. Die fundamentale Kritik an der DL Richtlinie lautet, dass nationale Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards durch ihre Umsetzung herabgesetzt werden. Die

Bundesregierung hat es nicht geschafft, dies zu verhindern. Letztlich werden nationale Standards unterlaufen und durch viele Ausnahmeregelungen ein gemeinsamer Markt für Dienstleistungen dennoch nicht hergestellt. Durch das Herkunftslandprinzip, das zwar begrifflich nicht mehr in der DL Richtlinie auftaucht, aber dennoch Anwendung findet, kann es zu 27 verschiedenen Standardsetzungen für Dienstleistungen kommen. Eine Harmonisierung auf hohem Niveau wäre die bessere Alternative.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich dafür eingesetzt, dass für den Marktzugang das Herkunftslandprinzip gelten soll, bei der Ausübung der Dienstleistung hingegen das Ziellandprinzip. Damit wären rechtliche Unsicherheiten vermieden worden und die Möglichkeit des Dumpings verhindert worden.

Den Export von Planungsleistungen unterstützen

Die Bedeutung von Dienstleistungen im Allgemeinen und der Export von Planungsleistungen im Speziellen werden in der deutschen Wirtschaftspolitik vernachlässigt. Noch immer ist die Exportförderung einseitig auf das verarbeitende Gewerbe fokussiert. Daher bleibt der Export von Dienstleistungen weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Bündnis 90/Die Grünen unterstützen daher die Forderung nach einer besseren Exportförderung, die systematisch die Bedürfnisse von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Dienstleistungsbereich berücksichtigt.

III. Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen

Investitionsstau im Bausektor auflösen

Mit den Krediten der KfW werden privaten Bauherren zinsgünstige Darlehen oder Zuschüsse gewährt, die die energetische Sanierung oder den Neubau von energieeffizienten Baumaßnahmen fördern soll. Bündnis 90/Die Grünen haben sich schon immer für diese direkte Art der Förderpolitik eingesetzt. Nur die energetische Gebäudesanierung oder der Neubau von energieeffizienten Gebäuden ist förderfähig. Darüber hinaus können wir uns auch die Förderung des ökologischen Bauens und Sanierens vorstellen, d. h. den Einsatz nachwachsender Baustoffe.

Die Kommunen sollen ihren Vorbildcharakter für die Bürgerinnen vor Ort bei der energetischen Sanierung ihrer Bestände angehen. Hierfür wurden Fördermittel zur Verfügung gestellt. Nun sind die Kommunen aufgefordert, endlich die notwendigen energetischen Sanierungen anzuschieben.

Darüber hinaus wollen wir einen Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro einrichten, aus dem vornehmlich Sanierungs- und Stromsparmaßnahmen in Stadtteilen mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte gefördert wird.

Die Förderung der Baukultur als festen Bestandteil der Politik verankern

Mit der Schaffung der Bundesstiftung Baukultur wurde ein zentrales Anliegen von Bündnis 90/Die Grünen umgesetzt. Damit wurde ein Forum geschaffen, das die zentralen Themen der Baukultur miteinander verknüpft und voran bringt.

Wir sind der Überzeugung, dass durch die Aktivitäten der Stiftung ein breites Verständnis für gute Architektur in der Bevölkerung hergestellt werden kann. Die Bundesstiftung wird durch öffentlichkeitswirksame Aktionen das Image von Baukultur nachhaltig verbessern.

Dabei geht es um nachhaltige Gebäudeplanung, um den Dialog mit dem kulturellen Erbe, ebenso wie um die Gestaltung von lebenswerten Stadträumen unter ökologischer Perspektive.

Die Wohnungs- und Städtebaupolitik verstärkt auf integrierte Stadtentwicklung ausrichten

Bündnis 90/Die Grünen sehen es für sehr dringend an, dass die Städte und Kommunen integrierte Stadtentwicklungskonzepte aufstellen und diese auch immer wieder aktualisieren. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind aber auch Entwicklungsszenarien von 30-50 Jahren wichtig, um die Entwicklung von Städten im Auge zu behalten.

Dabei ist die breite Beteiligung der Bewohner notwendig. Stadtentwicklung ist ein Prozess, den Bürgerinnen und Bürger mitgestalten sollen. Wir fordern daher nicht nur eine effektive Ausgestaltung der formalen Bürgerbeteiligung an planungsrechtlichen Verfahren. Wir fordern transparente Planungsabläufe und eine Beteiligung aller Interessierten und Betroffenen, die Spaß macht und Interessen ausgleicht. Kreative Stadtpolitik kann nur in Verbindung mit einer breit angelegten Beteiligungskultur funktionieren. Grüne Kommunalpolitik heißt, das gestalterische Potenzial von Bürgerinnen und Bürgern in den Planungsprozess einzubinden. Die dadurch gestärkte Identifikation mit der Stadt bietet neues Potenzial für kreative Ideen.

Wir wollen, dass sich ein Bewusstsein für den eigenen Stadt- und Lebensraumentwickelt. Das ist die Grundlage dafür, dass Bewohnerinnen und Bewohner kreativ und fürsorglich mit ihm umgehen. Die Initiative, Entscheidungen durch Bürgerbeteiligung anzustoßen, liegt bei der Stadtverwaltung. Das Engagement muss politisch gewollt, gefordert und anerkannt werden. Erfahrungen des Förderprogramms "Soziale Stadt" können für eine kreative Stadtentwicklung weiter entwickelt werden.

Den verantwortungsbewussten und qualitätsorientierten öffentlichen Bauherrn stärken

Bündnis 90 Die Grünen sehen die Notwendigkeit, den Vorbildcharakter von öffentlichen Einrichtungen zu stärken. Wenn die Bevölkerung sieht, dass beispielsweise auch das Rathaus energetisch saniert wird, wird diese Entscheidung beim Eigenheim leichter gefällt. Mit dem Energieausweis gibt es auch schon ein Instrument, den Energieverbrauch per Aushang öffentlich zu machen. Dies muss in der Praxis noch stärker zum Einsatz kommen.

Aber Ausschreibungen müssen auch unter Ökologischen- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten erfolgen. Hier sehen wir in der bisherigen Praxis erhebliche Defizite und für die Zukunft großen Nachholbedarf.

Die Rahmenbedingungen für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau verbessern

Wir sehen eine spezielle steuerliche Subventionierung des Wohnungsbaus sehr kritisch, denn das wäre nicht die beste Lösung. Vielmehr müssen die umweltgerechte Errichtung und Sanierung von Wohnraum direkt unterstützt werden. Wir schlagen deshalb auch ein nachhaltig wirkendes grünes Investitionsprogramm vor und wollen damit u.a. einen Energiesparbonus einführen, einen Energiesparfonds einrichten sowie die CO₂-Gebäudesanierung aufstocken. Dies kommt auch dem bedarfsgerechten Wohnbau zugute.